



Weg mit § 218!



Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung

Deutschlandweiter Zusammenschluss aus mehr als 60 feministischen und allgemeinpolitischen Gruppen

Quellen

- ▶ Deutschlandfunk (<https://www.deutschlandfunk.de/schwangerschaftsabbrueche-in-deutschland-warum-immer-100.html>)
- ▶ Heinrich-Böll-Stiftung, Schwangerschaftsabbruch - Zwischen Kriminalisierung und dem Recht auf Selbstbestimmung, 2021 (<https://www.boell.de/sites/default/files/2022-03/Factsheet-Schwangerschaftsabbruch.pdf>)
- ▶ World Health Organization: Safe abortion: technical and policy guidance for health systems. Second edition, 2012 (https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/173586/WHO_RHR_15.04_eng.pdf)
- ▶ Amnesty International, Policy on abortion, 2020 (<http://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/09/amnesty-releases-updated-policy-on-abortion/>)

Unterstützen

- ▶ **Petition unterschreiben:** www.innn.it/WegMit218
- ▶ **E-Mail an Abgeordnete schreiben**, warum es eine Neuregelung von Schwangerschaftsabbrüchen braucht
- ▶ **Beiträge auf Social Media teilen:** @prochoice_de

Kontakt

Mail: presse@sexuelle-selbstbestimmung.de
Web: www.sexuelle-selbstbestimmung.de
Instagram: @prochoice_de

Wir fordern die Neuregelung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland!

Unsere **Petition** auf innn.it →



legal. einfach. fair.

Neuregelung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland, jetzt!

Die Auswirkungen von § 218 StGB sind katastrophal: Ein Schwangerschaftsabbruch ist in Deutschland nach wie vor eine **Straftat** und bleibt nur mit einer Pflichtberatung straflos. **Immer weniger Mediziner*innen** bieten Schwangerschaftsabbrüche an und Ärzt*innen **lernen in ihrer Ausbildung** nicht, wie ein Schwangerschaftsabbruch durchzuführen ist. **Krankenhäuser weigern sich**, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen und die meisten ungewollt Schwangeren müssen einen **Abbruch selbst zahlen**.

Wir fordern:

#WegMit218

Unterschreibe unsere
Petition auf [innn.it](https://www.innn.it)



Rechtslage in Deutschland

Ein Schwangerschaftsabbruch ist gemäß § 218 StGB eine Straftat

Zwar sind 96 % der Schwangerschaftsabbrüche straflos, wenn...

- ▶ innerhalb der ersten 12 Wochen der Schwangerschaft
- ▶ Pflichtberatung mindestens 3 Tage vorher
- ▶ gewollt und von einem*r Arzt*Ärztin durchgeführt

... sie gelten aber trotzdem als rechtswidrig

Das Problem

- ▶ **46 % weniger medizinische Einrichtungen**, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen, seit 2003
- ▶ **Städtische Krankenhäuser verweigern** medizinische Versorgung ungewollt Schwangerer
- ▶ **Keine Kostenübernahme** durch Krankenkassen

Die Bundesregierung wird regelmäßig von den Vereinten Nationen wegen Verstoßes gegen die UN-Frauenrechtskonvention gerügt!

Unsere Forderungen

Schwangerschaftsabbrüche müssen rechtlich und faktisch Teil der **medizinischen Grundversorgung** werden:

- ▶ Jede*r Schwangere soll **wohnortnah Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch haben** (deren Methode gewählt werden kann)
- ▶ **Kostenübernahme** durch die Krankenkassen für jeden Schwangerschaftsabbruch
- ▶ **Verpflichtende Aus-, Fort- und Weiterbildung** zu Schwangerschaftsabbrüchen für medizinische Fachberufe
- ▶ **Recht auf freiwillige Schwangerschaftsberatung** - flächendeckend, kulturell und sprachlich sensibel
- ▶ **Vertrauen von Politik & Gesellschaft gegenüber schwangeren Personen**, dass sie selbst die richtige Entscheidung für sich und ihren Körper treffen können

Gewollte Schwangerschaftsabbrüche müssen aus dem Strafgesetzbuch gestrichen und die Beratungspflicht abgeschafft werden!

Es geht auch anders

In Frankreich sind Schwangerschaftsabbrüche seit 1975 straffrei. 2024 wurde das Recht auf Abtreibung mit überwältigender Mehrheit in der französischen Verfassung verankert. Außerdem werden die Kosten für einen Abbruch von der Krankenversicherung übernommen.

In Argentinien sind Schwangerschaftsabbrüche seit Ende 2020 bis zur 14. Schwangerschaftswoche straffrei. Damit wurde eine der restriktivsten Gesetzeslagen weltweit beendet, die jedes Jahr etwa eine halbe Million ungewollt Schwangere in unsichere Abtreibungen gezwungen hatte. Unsichere Abtreibungen waren mit 14 % der Todesfälle einer der Hauptgründe für die hohe Müttersterblichkeit.